

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 15 (1935-1936)
Heft: 9

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

und so wäre also der Trieb zum Sichverlängern aus dem Ornge nach Erweiterung des Gesichtskreises verkümmert, hätte das Sichafrichten nicht wieder und wieder Vergrößerungen des Rundblicks zur Folge gehabt. Das aber hat es nur bei einigermaßen freiem Gesichtskreis, nicht in Schluchten und nicht im Urwald. Daraus folgt mit Bestimmtheit, daß die Tierart, die zum Menschen sich zu wandeln vermochte (und zwar, wie wir annehmen, nicht nur an einer Stelle der Erde, sondern an den verschiedensten Stellen), nicht im Urwald gelebt haben kann, sondern gelebt haben muß in der Ebene. Der Mensch mit andern Worten entstand in der Savanne oder am Meere, mochte er wenig später noch so viele Wälder roden und auf noch so hohe Berge steigen. Die Sachwissenschaft hat dafür vorläufig kaum unanfechtbare Zeugnisse aufzuweisen und wird sie sobald nicht haben; der Blick der Erscheinungswissenschaft aber reicht weiter. Menschliche Urwaldbewohner gab und gibt es; aber ihr Bau ist im Vergleich mit dem der übrigen Menschen ausnahmslos ein verkümmter Bau, und gewiß nicht aus Zufall umwittert in den Mythen aller mythengewaltigen Völker keinen Naturgegenstand ein dermaßen tiefes Grauen wie den Urwald."

Wer erscheinungswissenschaftlich denken lernen und wer von den Möglichkeiten der Ausdruckskunde auf ihren verschiedenen Zweigen der Graphologie, der Phisiognomik, der Tierpsychologie einen Begriff erhalten will, wird künftig ohne dies Buch nicht mehr auskommen. Besonders dürften auch jene mehr biologisch gerichteten Naturwissenschaftler, bei denen die erscheinungswissenschaftlichen Methoden nie ganz in Vergessenheit gerieten, dem Verfasser Dank wissen, daß er, gründlich von neuesten phisiologischen und biologischen Werken Kenntnis nehmend, sein Forschungsfeld bis tief in den Bereich animalischen Lebens hinein erweitert hat.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Behörden und Landesverteidigung.

In der schweizerischen Wehrgeschichte erscheint das Jahr 1935 als der Beginn eines Zeitabschnittes, in welchem entscheidende Reformen und Verbesserungen der militärischen Rüstung in Angriff genommen worden sind. In der Tagespresse sind die Zweifel an der Möglichkeit der Landesverteidigung und die Angriffe gegen die Armee verstummt. Wer hätte noch vor kurzem gedacht, daß ein sozialdemokratischer Politiker in seiner Eigenschaft als Stadtpräsident aus eigenem Antriebe sich dazu verstehen könnte, die Kommandanten der aus dem Herbstmanöver zurückkehrenden Truppen als Gäste um sich zu versammeln und ihnen den Willkommgruß im Namen der von ihm verwalteten Stadt zu entbieten? An solchen und anderen Zeichen der Zeit ist der Wechsel des Standpunktes offenbar geworden. Vorbei sind jene stets wiederkehrenden Debatten im eidgenössischen Parlamente, wo die Beratung über

den Voranschlag des Bundes jeweils zu scharfen Angriffen gegen den Chef des Militärdepartementes, gegen Armee und Landesverteidigung benutzt wurden.

Und doch würde man sich einer schweren Täuschung hingeben, wenn man annahmen wollte, es sei eine entscheidende Gesinnungsänderung in unserm Volke eingetreten. Wir sind noch weit entfernt von der tieferen und entstehenden Wehrbereidigkeit, durch die einzig ein Staatswesen zum kriegsgerügenden Ausbau seiner Armee befähigt wird. Wohl ist von einer offenen Gegnerschaft gegen die Landesverteidigung nicht mehr viel zu verspüren. Aber nach wie vor herrscht weit im Lande herum die Gleichgültigkeit und Tatendolzigkeit; die dumpfe Dummheit des Vogels Strauß, der nicht sehen und nicht hören will.

Mars regiert die Stunde. Er ist ein unerbittlicher Gott und vor ihm vermag nur ein Volk zu bestehen, das sich in den Zeiten des Friedens in harter Gewöhnung und opfervoller Hingabe auf den Krieg vorbereitet hat. Es ist leicht, sich im wärzenden Schein der Augustfeuer für Vaterland und Armee zu entflammen. Zur Ausführung der guten Vorsätze bedarf es aber der selbstlosen unablässigen Arbeit auf Kosten der eigenen Bequemlichkeit. Sind wir hart genug? Dürfen wir wirklich einer Feuerprobe mit Vertrauen entgegensehen?

Die Schweiz ist ein Opfer ihres Wohlstandes und ihrer guten Weltkriegsgeschäfte. Auch ohne große Geschichtskenntnisse wissen wir, daß Bauernvölker, gewöhnt an den harten Kampf des Daseins in der Natur, stärker und kriegstüchtiger sind als Handelsstaaten. Die kostspieligste Befestigung taugt nichts, wenn kein zu äußerster Gegenwehr entschlossener Verteidiger dahinter sitzt. Diese Entschlossenheit muß in mühsamer Friedensarbeit erworben werden. Sie ist kein Geschenk des Augenblicks und kann nicht von heute auf morgen durch bündesrätliche Proklamationen hervorgerufen werden.

Die Verantwortung für ein Versagen im Kriege wird weniger unsere an tägliche harte Arbeit gewöhnten Arbeiter und Bauern treffen als vielmehr die Angenahmen der sogenannten guten Stände, das schwache Geschlecht der verwöhnten Stadtherren, das große Heer der Schreiberlinge und Kaufleute, die sogleich fußfrei werden, wenn sie den modischen Halbschuh mit dem Marschstiefel vertauschen und sogleich den Schnupfen kriegen, wenn ein unangenehmes Windlein bläst. Die Verantwortung liegt bei den Behörden, die nur auf Grund von Instruktionen handeln, anstatt selber und aus der Erkenntnis der eigenen Verantwortung tätig zu werden.

Die Erfahrungen, welche bis jetzt im schweizerischen Lust- und Gasjuch gewesen gemacht worden sind, rechtfertigen in jeder Hinsicht unsere pessimistische Beobachtung. Diese Kriegsvorbereitungen erfordern ganz besonders die tätige Mitwirkung der Zivilbevölkerung, die entschlossene Arbeit der untern Behörden und Gemeinden. Und wie läufig sind die bis jetzt erzielten Ergebnisse! Ein großer Aufwand an Anleitungen und Belehrungen ist vertan worden. Aber es fehlt der Schwung und das Mindestmaß an Begeisterung, ohne daß ein solches Werk nicht zu Stande kommen kann. Soll man sich darüber wundern, wenn man hört, daß das eidgenössische Postdepartement nicht einmal so viel Patriotismus aufzubringen vermag, um die Durchführung des schweizerischen Lustschutzes durch die Herausgabe einer Lustschuhbriefmarke zu erleichtern? Schlafen Sie, Herr Bundesrat Pilet?

Als der Präsident eines kantonalen Lustschutzverbandes dem eben erwähnten eidgenössischen Postdepartement den vernünftigen Vorschlag machte, einen Briefstempel für die Propagierung des Lustschutzgedankens einzuführen, wurde ihm die Antwort zuteil, sein Antrag sei genehmigt unter der Bedingung, daß sein Verband die Spesen für die Herstellung der Stempel übernehme! Zum Lachen, wenn es nicht wahr wäre! Und dann will man sich noch wundern, wenn eine Aktion, die alle Schichten des Volkes erfassen soll, elend stecken bleibt und den toten Punkt nicht mehr überwinden kann. Wann werden die paperenen Seelen im Bu-

deß haue begreifen, daß wir im Zeitalter der Volksheere leben und daß die Armee auf verlorenem Posten steht, wenn sie nicht von allen Behörden unterstützt wird?

Schmachvoll wird die kostbare Zeit verlängert. Noch hat sich keine Behörde gefunden, welche endlich den armeefeindlichen Pfarrern und Lehrern das Handwerk legt und sich nicht hinter den Paragraphen verschanzt, um ihr Richtstun juristisch zu beschönigen. Wann wird der zürcherische Kirchenrat beherzt genug sein und die Herren Kobe, Lejeune, Gerber und Konsorten nach Genf verfrachten, wo sie dann unter dem Schutze des Staatsfeindes Nicole ihre verräterischen Phrasen weiterhin zurechtdrechseln können?

Wir dürfen uns angesichts solcher Zustände nicht mehr darüber wundern, daß es auch bei uns seit einiger Zeit Leute gibt, die nach der starken Führung rufen..

Der neue Waffenchef der Infanterie.

Oberstkorpskommandant Wille hat das Kommando des 2. Armeekorps an den neuernannten Oberstkorpskommandanten Prisi abgegeben und wird Waffenchef der Infanterie an Stelle von Oberstdivisionär Borel, der das Kommando einer Division übernimmt. Über diese Neuordnung scheint die Linkspresse große Freugtuung empfunden zu haben, weil sie darin eine Zurücksetzung Willes erblickt, und brüstet sich damit, daß ihre Heze den gewünschten Erfolg gezeitigt habe. Tatsächlich ist in der Betrauung Willes mit einem Amt, an welches die Oberaufsicht über die infanteristische Ausbildung der ganzen Armee gebunden ist, eine Auszeichnung zu erblicken. Wenn es anders wäre, so müßte sich auch ein General Gamelin zurückgesetzt fühlen, der als Generalinspektor der französischen Armee zurzeit nicht über eine eigentliche Kommandogewalt verfügt und trotzdem zum Chef der obersten Heeresleitung im Kriegsfalle aussersehen ist.

Nichts neues aus dem Verkehrsministerium.

Anlässlich der Durchberatung des bündnerätslichen Finanzprogrammes hat der Ständerat Herrn Bundesrat Pilet die väterliche Mahnung zugehen lassen, nun endlich Ernst zu machen mit der Reorganisation der schweizerischen Staatsbahnen, und zwar „rasch und gründlich“. Der neu gewählte Nationalrat Theodor Gutt, Stäfa — ein Politiker, dem auch die Gegner die Achtung nicht versagen können, — hat in seiner „Zürichseezeitung“ einige weitere Worte an Herrn Pilet gerichtet, die an derber Deutlichkeit nichts mehr zu wünschen übrig lassen:

„Wenn wir die Bahnen als Bundesbahnen weiter betreiben wollen, muß ab Neujahr die Reform Schlag auf Schlag einsetzen und der verehrliche Bundesrat Pilet wird radikal umzatteln müssen vom Politiker zum Kaufmann. Ein Budget wie das jetzige wird ihm nach unserer festen Überzeugung unter keinem Umständen mehr genehmigt werden von den Räten. Es handelt sich diesmal um eine letzte Chance.“

Aus solchen und anderen Boten dürfte der Verkehrsminister den Eindruck gewonnen haben, daß nun sogar die Geduld des Parlamentes erschöpft ist.

Es heißt, Herr Pilet bereite sich vor, in nicht allzu ferner Zeit die Nachfolge des amtsmüden Herrn Motta in der Leitung der Außenpolitik zu übernehmen.. Seine Untätigkeit scheint diesen Gerüchten Recht zu geben. Es könnte in der Tat möglich sein, daß sein Geist sich bereits den Aufgaben der Außenpolitik zugewandt hat, statt sich mit den prosaischen Defizitrechnungen der Bundesbahnen und den notwendigen Reformen zu beschäftigen. Vielleicht wünscht Herr Pilet, dem allfälligen Nachfolger die Entscheidungen nicht vorwegzunehmen und ihm die übelriechende Erbschaft als Ganzes zu überlassen. Das wäre menschlich zu begreifen. Als Staatsmann würde es ihn aber nicht empfehlen.

Revision des Verfahrens bei Initiativ- und Referendumsbegehren.

Immer wieder reden der Bundesrat und die Stimme des Volkes aneinander

vorbei. Das beweist die tragikomische Geschichte von Geburt, Leiden und Tod der bundesrätlichen Vorlage über die „Revision des Verfahrens bei Initiativ- und Referendumsbegrenzen“.

Die oberste Landesbehörde, die schon seit langem den Ruf nach der starken Hand vernommen hatte, glaubte, diesem Wunsche unter anderm auch durch die erwähnte Vorlage entsprechen zu müssen. Im ablaufenden Jahre hatten sich die Initiativbegrenzen auf dem Kanzleitisch des Bundesrates gehäuft. Dieser unbequemen Regsamkeit der Volksseele wollte der Bundesrat ein Ende machen und durch die Aufstellung schärferer Formvorschriften das Zustandekommen weiterer Initiativen erschweren. Bedauerlicherweise wurde dieses in harmloser Aufmachung vorbereitete Attentat auf die Volksrechte von der „Neuen Zürcher Zeitung“, die sonst ihre Aufgabe als Hüterin der Freiheitsrechte besser wahrzunehmen pflegt, kräftig unterstützt. Im übrigen war aber die Reaktion der öffentlichen Meinung von einer ungeahnten Hestigkeit. Aus allen politischen Lagern hagelten die Protesterklärungen. Vor diesem Sturme der Entrüstung strich der Bundesrat die Segel. Er verzichtete darauf, die beiden Räte mit der Vorlage zu befassen, und hat nun das peinlich gewordene Traktandum ad calendas graecas verschoben — zu deutsch: Begräbnis erster Klasse...

Schweizerisch-österreichisches Kulturabkommen?

Baron v. Berger-Waldenegg, der österreichische Außenminister, hat dem schweizerischen Bundesrate den Abschluß eines Kulturabkommens zwischen den beiden Ländern beantragt. Die Antwort aus dem Bundeshaus steht noch aus. Inzwischen hat der Bundesminister für Handel und Verkehr in Wien, Stockinger, den Worten schon die Tat folgen und am 5. Dezember in Zürich eine österreichische Ausstellung über „Wirtschaft und Kultur“ eröffnen lassen.

Gegen die Ausstellung als solche ist nichts einzutwenden, insofern sie ja nur die Leistungsfähigkeit der österreichischen Industrie und der öffentlichen Betriebe und die Fortschritte der Baukunst und des Kunstgewerbes zur Darstellung bringen will. Geradezu nützlich ist die Ausstellung dort, wo sie uns die Verbesserung der Verkehrswägen und den Ausbau der österreichischen Alpenstraßen vor Augen führt und uns zwingt, darüber nachzudenken, inwieweit wir selber durch unsere Anleihengewährung an der Konkurrenzierung unserer Fremdenindustrie mitgewirkt haben.

Trotzdem darf erwartet werden, daß der Bundesrat davon absehen wird, ein Kulturabkommen mit Österreich abzuschließen. Bedarf es eines besonderen Staatsvertrages, um unseren Nachbarstaaten die Propagierung ihrer wirtschaftlichen und kultigewerblichen Erzeugnisse in unserm Lande einzuräumen?

Die Regierung Schuschnigg-Starhemberg sucht sich nach allen Seiten zu verankern und neue Stützpunkte zu gewinnen. Das ist ihr gutes Recht. Aber Österreich ist ein Diktaturstaat reinster Prägung, in welchem je nachdem mit, ohne oder gegen das Volk regiert wird. „Mit demokratischen Dingen wollen wir nichts zu tun haben,“ hat Fürst Starhemberg in einer seiner letzten Reden erklärt. Das ist der Grund, warum unsere oberste Landesbehörde gut daran tun würde, die Offerte des Herrn v. Berger-Waldenegg in der großen Bundesschublade unter „Unerledigtes“ verschwinden zu lassen. Es wäre doch zu seltsam, wenn die älteste Demokratie der Welt ein Kulturabkommen mit einem Diktaturstaat treffen würde. Wir wollen keine chinesischen Mauern um uns errichten. Wir dürfen aber auch nicht den Anschein erwecken, als wolle der schweizerische Volksstaat den Bestrebungen ausländischer Diktaturen Vorschub leisten und sie dazu ermuntern, auf dem Wege eines Kulturabkommens auch ihre politische Kultur und deren Methoden bei uns zu propagieren.

Kurt Aebi.

Zur politischen Lage.

Nach dem Abgang Masaryks. — Szenenwechsel um Abessinien.

Vor drei Tagen hat Masaryk seinen Rücktritt als Präsident der tschechoslowakischen Regierung genommen. Morgen wird die Tschechoslowakei durch die Nationalversammlung in Prag ihr neues Staatsoberhaupt wählen. Damit ist wieder ein Mann, der europäische Geschichte machte, von der politischen Bühne abgetreten, nachdem es schon lange um ihn still geworden war. Aber immer noch war der greise Staatsmann bisher im Stande, auf seine alles überragende Autorität gestützt, seine Volk in schwierigen Stunden entscheidend zu beeinflussen. In Zukunft wird dass tschechische Volk ohne diese Leitung auskommen müssen. Und das in einer schwierigen Zeit.

Die Tschechoslowakei unter ihrem Außenminister Benesch führt ihre ganze Außenpolitik in unbedingter Anlehnung an Frankreich. Sie ist der allzeit getreue und willige Sekundant Frankreichs und das Hauptglied in der im Osten um Deutschland geschmiedeten französischen Kette. Man hat diese Tatsache wieder einmal feststellen können, als dem französisch-russischen Bündnisse unmittelbar ein tschechisch-russischer Vertrag folgte. Man kann dieselbe Tatsache fortwährend in Genf beobachten, wo Benesch eigentlich der beste französische Diplomat ist. Diese französische Freundschaft bedingt aber selbstverständlich entsprechende Feindschaften. Am schwerwiegendsten ist dabei für die Tschechoslowakei der Gegensatz zu Deutschland, der ebenso durch die Art der Entstehung des Staates wie durch seine bisherige Haltung gegenüber Deutschland und gegenüber den Deutschen in seinen eigenen Grenzen bedingt ist. Dem jetzigen Deutschland gegenüber ist diese Politik nicht mehr so unbedenklich wie noch dem Deutschland von 1933 gegenüber. Dazu kommt noch als ausgesprochene Erschwerung das schlechte Verhältnis zu Polen wegen der Teschenfrage. An jenem Grenzstück bestehen ja gegenwärtig höchst unerfreuliche Zustände, deren Auswirkung man allerdings ja nicht überschätzen darf. Immerhin hat so die Tschechoslowakei im Nordosten keine Rückendeckung mehr und Russland ist trotz seiner starken Flugwaffe und trotz der neuen schönen Flughäfen in Böhmen doch recht weit. Man wird sich also in Prag die künftige Haltung genau überlegen müssen; vor allem wenn an die Stelle Masaryks sein von ihm selbst gewünschter Nachfolger Benesch treten sollte, was wahrscheinlich ist.

Noch unsicherer ist jedoch die innerpolitische Lage, vor allem unter dem Einfluß einer starken Wirtschaftskrise mit der entsprechenden Belastung der Staatsfinanzen. Eine sehr rührige kommunistische Partei macht sich unter dem Einfluß der Freundschaft mit Russland stark geltend und tritt für einen Linksblock gemeinsam mit Sozialisten und Nationalsozialisten (Beneschpartei!) ein. Daraus ergeben sich schwere innerpolitische Auseinandersetzungen, die auch heute bei der Präsidentenwahl zum Ausdruck kommen. Schwerwiegender noch ist wohl die Zersetzung des demokratischen Gedankens in dieser demokratischen Republik. Der Staat verfügt heute schon über alle die Handhaben einer diktatorischen Staatsgewalt und macht von ihnen weidlich Gebrauch. Auffüllung der gewählten Vertretungen in Bezirken und Gemeinden durch ernannte Regierungsleute, kommissarische Verwaltung der Gemeinden, Verschleppung von Wahlen, Preszensur, Auflösung politischer Parteien, Verbot von Druckschriften aller Art von der Zeitung bis zum längst klassisch gewordenen Buch, Versammlungsverbote, endlose Polizeischikanen bis zur krassesten Willkür, politische Verhaftungen, Prozesse und Verurteilungen in drakonischem Ausmaße nach einem Republikschutzgesetz usw. usw. kennzeichnen diese Selbstausgabe der Demokratie. Von da aus ist kein großer Schritt mehr bis zu einer Diktatur. Rinnicht man dazu das Auftreten aller möglicher bewaffneter und in militärischer Ausbildung „machender“ Gruppen und Parteidörfern, so erhält man das Bild einer äußersten innerpolitischen Spannung, wobei immerhin nach ost- und nicht mittel-europäischem Muster nicht ein allzu strenger Maßstab angelegt werden darf.

Sehr schwer ist auch die Belastungsprobe für den Staat, die aus der immer noch ungelösten Frage eines Ausgleichs mit den Slowaken einerseits, den nationalen Minderheiten andererseits sich ergibt. Vor allem wird die Frage irgend eines Ausgleichs mit den 3½ Millionen Deutschen immer brennender. Die Wirtschaftskrise hat vor allem die besonders stark industrialisierten deutschen Gebiete des Staates erfaßt und führt hier zur eigentlichen Hungerkatastrophe, der die Regierung einstweilen ruhig zusieht. Dazu wird von den Tschechen der Lebensraum der Deutschen im Staate künstlich mit allen Mitteln immer weiter eingeengt. Man drängt die Deutschen aus den Staatsstellen, aus der Wirtschaft usw. hinaus und betreibt die Durchsetzung des deutschen Gebiets mit Tschechen mit Hochdruck. Nimmt man dazu die kulturellen Beeinträchtigungen, die politischen Drangsale und die endlosen Polizeischikanen, so begreift man, daß sich der Sudetendeutschen eine derart rabiate Stimmung bemächtigt hat, wie sie in der freiwilligen politischen Einigung des Volkes zu Tage trat. Wo ist irgendwo sonst bei freiem Wahlrecht und bei allen möglichen behördlichen Einflüssen das bisherige politische Parteiensystem derart zerschlagen worden und die Einigung von ¾ des Volkes in einer politischen Gruppe innert zwei Jahren geglückt, wie das bei den Sudetendeutschen in der Henlein-Bewegung der Fall ist? Nirgends! Die Sudetendeutschen haben damit ihre verzweifelte Entschlossenheit als Volk unter Beweis gestellt und halten an diesem Entschluß fest, wie alle Teilwahlen seit dem letzten Frühjahr gezeigt haben. Hier werden sich also die Tschechen innert absehbarer Zeit zu der Entscheidung zwischen Einigung oder rücksichtsloser Gewaltpolitik gestellt sehen.

Diese Gesamtlage von eindrucksvoller Gespanntheit wird den Nachfolger Marxks vor schwere Aufgaben stellen, von deren Lösung das Schicksal des jungen Staates abhängen wird.

* * *

Inzwischen hat der an dramatischen Wendungen bisher schon so reiche Streit Abessinien-Italien-England wiederum eine höchst überraschende Wendung genommen. Bereits wartete alle Welt gespannt auf die von England aus geforderte und angekündigte Verschärfung der Sanktionen. Im letzten Augenblick aber wurde die Be- schlußfassung verschoben, dann erschien gar der wundervolle gemeinsame „Friedensvorschlag“ Englands und Frankreichs, der plötzlich den Italienern ein weit günstigeres Angebot auf Kosten Abessiniens machte als früher. Die im Spätsommer gemachten äußersten Vorschläge sind durch neue äußerste Vorschläge ersetzt worden, die bei ihrer Verwirklichung Abessinien nicht nur halbieren, sondern überhaupt als ernsthafte Größe auslöschen würden. Diese Nachricht verschlug zunächst der Welt den Atem, da man auf ein solches Rechtsumkehr der Engländer doch nicht gerechnet hatte. Dann fing ein sieberhaftes Suchen nach den Gründen eines solchen Umfalls an. Was in aller Welt konnte die englische Regierung bewogen haben, einem solchen Schritte ihre Zustimmung zu geben, der mit allen eigenen Erklärungen und mit der Meinung des englischen Volkes in schärfstem Widerspruch steht?

Die Antwort darauf ist einfach: Frankreich! Im entscheidenden Augenblick ist Frankreich ausgebrochen und hat einfach erklärt, daß es nicht mitmachen werde. England ist aber heute noch nicht in der Lage oder noch nicht gewillt, allein vorzugehen und die Sache durchzufechten. In dieser unglücklichen Lage hat England nachgegeben, um in Genf ein Fiasko zu vermeiden. Leicht wird ihm das nicht geworden sein, da sein Ansehen in der Welt dadurch sicher nicht gestärkt wird. Ein halbes Jahr zielbewußter Politik ist umsonst gewesen und das Zutrauen zu der englischen Politik hat einen schweren Stoß erlitten. Es wird keine leichte Aufgabe für England sein, diesen Rückschlag zu verdauen und wieder auszugleichen. Es ist wahrlich kein schöner Anfang nach den englischen Neuwahlen und dies wird in England auch durchaus so empfunden. Denn darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die Masse der Engländer und sicher auch die Regierung selbst im ureigensten

englischen Interesse und durchaus nicht wegen des lieben Völkerbundes von einem Nachgeben gegenüber Italien durchaus nichts wissen will! Man wird also England bald wieder auf dem alten Kurs sehen!

Ganz anders kann sich Frankreich einstellen. In seinen Augen ist der ganze Lärm um Abessinien nur geeignet, seine europäische Festlandspolitik zu gefährden. Es ist gezwungen, so lange seine Aufmerksamkeit von Deutschland abzuziehen und auch im nahen Osten mancherlei Unruhe entstehen zu sehen, die ihm durchaus nicht paßt. Je schneller also der abessinische Streit erledigt wird, umso besser! Darüber hinaus aber liegt es heute im stärksten französischen Interesse, daß der mit so viel Mühe für das französische Spiel gewonnene italienische Bundesgenosse auf keinen Fall in seiner Geltung gebrochen, ja auch nur wesentlich geschwächt aus seiner Prüfung hervorgehe. Vielleicht möchten die Franzosen ja auch kein allzu siegestrunkenes Italien sehen, aber einen gewissen Erfolg und eine gewisse koloniale Sättigung wünschen sie ihm sicher. Leider sah sich Herr Laval aber eine Zeit lang gezwungen, die Engländer gewähren zu lassen und dem Völkerbund zu Liebe selbst bei den Sanktionen mitzuwirken. Heute hat er seinen Gegenschlag getan und seine Handlungsfreiheit wieder gewonnen. Für wie lange?

Heilsfroh wird man über diese Entwicklung in Italien sein. Noch hat ja der Feldzug in Abessinien keine solchen Früchte reisen sehen, wie Mussolini das so feurig wünscht. Und den Engländern gegenüber sah man sich in einer schlimmen Klemme. Die Italiener haben aber doch durchgeholt bis zur französischen Entlastungsoffensive. Jetzt können sie erleichtert aufatmen und wieder mit frischem Mute den Krieg in Ostafrika weiter betreiben.

Das Ganze nennt Herr Laval Friedenspolitik. Es ist ja auch eine Friedenspolitik genau so gut wie die Einigung mit Italien im Januar, die den ganzen Krieg in Ostafrika erst möglich gemacht hat. Ehre, wem Ehre gebührt, und diese Ehre gebührt Laval und der französischen Außenpolitik durchaus!

Jetzt fragt sich nur noch, was die eigentliche Friedensmaschinerie, der Völkerbund, zu diesem grausamen Spiel sagt. Wird er die Prämiierung des Staates, den er feierlich als Angreifer gebrandmarkt und mit Sanktionen belegt hat, schlucken? Das erscheint doch immerhin zweifelhaft, weil der Szenenwechsel noch in gar zu frischer Erinnerung ist. Wahrscheinlicher ist es, daß die ganze Sache irgendwie auf den Verhandlungsweg verschoben wird. So könnte man sich einstweilen den Entschluß sparen, um zunächst zu sehen, was bei dem Waffengang in Ostafrika herauskommt. Je nachdem wird man dann schon den Rang finden, um das zwar mit Sanktionen belegte, aber frischfröhlich in Genf weiter mittagende italienische Ratsmitglied schließlich von neuem gerührt in die Arme schließen zu können. Einstweilen aber ist die Lage für den Völkerbund sehr, sehr peinlich!

Arau, den 17. Dezember 1935.

Hector Ammann.

Debatte um die elsässische Selbstverwaltung.

Die Senatswahlen, über die im Oktoberheft berichtet wurde, haben sich bald in mancherlei Hinsicht ausgewirkt. In Paris beschleunigten sie wahrscheinlich den seit einiger Zeit fälligen Abbau des Generaldirektors für die elsäss-lothringischen Angelegenheiten, im Lande selbst sahen sich die unentwegtesten Vertreter des Zentralisierungskurses veranlaßt, der am 20. Oktober deutlich geäußerten Volksstimmung einige Zugeständnisse zu machen.

Die Generaldirektion für die elsäss-lothringischen Angelegenheiten mit dem Sitz in Paris war der letzte Rest der besonderen Verwaltung, die die französische Regierung nach dem völlig mißglückten Versuch einrichten mußte, die wieder gewonnenen Provinzen 1918 einfach in das departementale System von vor 1870 zurückzugliedern. Schon 1919 war sie gezwungen, den späteren

Staatspräsidenten Millerand als Generalkommissar mit weitgehenden Vollmachten nach Straßburg zu schicken, um die verworrene Lage wieder in Ordnung zu bringen. Dem Generalkommissariat wurde damals ein aus Delegierten der drei elsässisch-lothringischen Bezirksräte (Conseils généraux) gebildeter *Conseil consultatif* beigeordnet, sodass wenigstens noch ein Teil der alten Selbstverwaltung von 1911 mit eigener Regierung und Landtag, wenn auch in äußerst reduzierter Form, bestand. Unter dem Nachfolger Millerands, dem zweiten und letzten Generalkommissar Alapetite, begann aber bereits der Abbau dieses letzten Restes der Eigenverwaltung in Straßburg, der mit der Abschaffung des Generalkommissariats 1924, die unter anderem der Sozialist Georges Weill besonders hartnäckig betrieben hatte, seinen Abschluss fand. Weil aber damals auch die verbissensten Anhänger der radikalen Assimilierung die plötzliche und restlose Aufhebung aller Sonderdienste nicht für ratsam hielten, wurde in Paris bis auf weiteres die Generaldirektion eingerichtet. Ihr Hauptzweck war im Grunde, die völlige Assimilierung mit den geeigneten Mitteln zu Ende zu führen (ein zuerst vorgesehenes Comité consultatif in Paris wurde überhaupt nicht ins Leben gerufen). Dieser Aufgabe ist der Leiter dieser Dienststelle, Staatsrat Valot, auch weitgehend gerecht geworden, wenn er auch selbst, wie es nur allzu menschlich ist, sein Verschwinden, obwohl es an sich in der logischen Entwicklung der Dinge liegen musste, mit gemischten Gefühlen erlebt haben mag. Ihm schob man die Schuld an dem „schlechten“ Wahlausgang zu, und im Zuge der Valot'schen Sparpolitik wurde durch eine Notverordnung die Generaldirektion mit einem einfachen Federstrich abgeschafft. Dass vorher die elsässisch-lothringischen Parlamentarier nicht gefragt wurden, sei nur beiläufig erwähnt. Sie werden im Grunde nie gefragt, wenn es um Entscheidungen über ihr kleines Land geht, und dies erklärt sich zu einem guten Teil auch dadurch, dass ihnen ein wirklich zielbewusstes und vor allem geschlossenes Auftreten in Paris abgeht.

Mit Valot verschwindet ein Mann, der zehn Jahre lang ununterbrochen sein Amt innehatte. Im Vergleich zu den Ministern, die in dieser Zeit mit den elsässisch-lothringischen Angelegenheiten betraut waren und oft so schnell wechselten, dass sogar in den öffentlichen Dingen fundige Leute ihre Namen kaum mehr wussten, bildete er den ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht. Er hatte viel Macht und gar keine Verantwortung. Seine Politik ist sicher nicht glücklich gewesen und hat Frankreich mehr denn einmal geschädigt, aber sie war geradlinig und stetig auf die Einebnung der elsässisch-lothringischen Eigenart im System des jakobinischen Einheitsstaates gerichtet. Diese Eigenschaft, deren Auswirkungen man natürlich verschieden beurteilen wird, kann man der Valot'schen Geschäftsführung nicht absprechen. Die heimatrechtlich eingestellten politischen Gruppen waren dem Generaldirektor vor allem vor, dass er mit einem reich dotierten Propagandafonds eine Reihe von Veröffentlichungen aushielt, die seine Politik durch dick und dünn vertraten und sich an Gehässigkeit gegen jede noch so harmlose Regung des elsässisch-lothringischen Sonderbewusstseins gegenseitig überboten. Einige dieser „Freunde“ Valots waren daher anscheinend im ersten Augenblick von der Absetzung ihres mächtigen Gönners betroffen. Nur so erklären sich gewisse Äußerungen ihres Lagers, die fast autonomistisch klangen in der ersten Verärgerung. Aber unterdessen werden sich die Gemüter rasch wieder beruhigt haben, denn ein Generaldirektor kann verschwinden, aber die Reptilienfonds einer Regierung haben ein zäheres Leben.

Im Lande gab die letzte Session der Generälräte Anlass zu Wunsch-anträgen, wie sie bisher noch nie seit 1918 zu verzeichnen waren. Sowohl in Colmar wie in Straßburg verlangten die Körperschaften einstmals die Einrichtung einer eigenen Regionalverwaltung für Elsass-Lothringen mit einem Regionalrat und einem besonderen Regierungsbeamten an der Spitze. Die große Bedeutung dieser Beschlüsse liegt nicht so sehr in ihrem Inhalt selbst als in der Tatsache, dass sie einstimmig gefasst wurden. Die Autonomisten und die ihnen nahestehenden Fraktionen stimmten ihnen zu, obwohl ihre seit Jahren erhobenen

Forderungen viel weiter gehen. Die Anträge zielten nämlich nicht auf eine beträchtliche Erweiterung des Mitrederechts des Volks von Elsäß-Lothringen in seinen eigenen Angelegenheiten hin, sondern hätten, wenn sie verwirklicht worden wären, lediglich eine bessere Zusammenfassung der elsaß-lothringischen Verwaltung, eine annehmbarere Erledigung der Landesfragen durch eine weniger überlastete Verwaltung an Ort und Stelle und immerhin eine bessere Kontrolle durch die Wähler ermöglicht. Wichtig war im Augenblick vor allem, möglichst viele Räte zur Zustimmung zu bewegen, was tatsächlich auch gelang, wie sich aus der schon erwähnten Einstimmigkeit ergibt. Ob manche Vertreter aus wirklicher Überzeugung für die Anträge eintraten, ist dabei unwesentlich. War dies nicht der Fall, muß der Druck der Volksstimme so stark zu werden beginnen, daß auch verbissene Zentralisten, um ihre Wähler nicht vor den Kopf zu stoßen, für eine Dezentralisierung eintreten müssen. Jedenfalls steht fest, daß die beiden elsässischen Bezirksräte ohne Ausnahme die Änderung eines Verwaltungssystems verlangt haben, dessen mangelhaftes Funktionieren keine Verteidiger mehr findet. Sehr bezeichnend ist außerdem, daß im Gegensatz zu seinem oberelsässischen Kollegen der neue Präfekt des Unterelsasses, R o b l o t, wie das früher bei derartigen Wunschanträgen immer geschah, die sogenannte Vorfrage, wonach derartige Debatten als nicht zu den Befugnissen der Generalräte gehörig von vornherein abgelehnt werden können, nicht gestellt hat. Im Oberelsäß wurde diese Vorfrage von dem Vertreter der Regierung gestellt, aber gegen nur 5 Stimmen abgelehnt, worauf dann die einstimmige Annahme des regionalistischen Antrags in Abwesenheit des Präfekten erfolgte.

Man kann sich denken, daß diese Entschließungen und besonders die Einstimmigkeit, mit der sie gefaßt wurden, nicht überall Begeisterung auslösten. Die Gegenminen sprangen bald, und vor allem kam aus Meß, wobei eigentümlicherweise Mülhausen Hilfestellung nahm, der Einwand, Lothringen, das Departement Moselle, welches nach den Anträgen ebenfalls in die zu schaffende Region einbezogen werden sollte, wolle mit der Reform nichts zu tun haben. Wie sehr aber dieses Argument an den Haaren herbeigezogen ist, weiß jeder, der die wahre Stimmung insbesondere der deutschlothringischen Bevölkerung kennt, die wohl an einer gewissen Eigenstellung gegenüber dem Elsäß hält, eine bessere Verwaltung von Straßburg aus aber unter allen Umständen natürlich einer schwerfälligen Verwaltung direkt von Paris her vorziehen würde. Sogar unter der welschen Bevölkerung dieses Departements, die sich sonst nicht von den Altfranzosen unterscheidet, aber manche Vorteile der früheren Sonderverwaltung in Straßburg aus der deutschen Zeit her schäzen gelernt hat, dürfte es manche geben, die der Reform alles andere als Widerstand entgegensezten würden. Im Meßer Generalrat kam es lediglich nur deshalb nicht zu einem ähnlichen Beschuß wie in Colmar und Straßburg, weil sich dort eine Notabelnschicht bis heute gegen ein geduldiges Volk immer noch halten konnte, und besonders der Einfluß des Senators G u h d e W e n d e l, des Großindustriellen und Mitgliedes des Comité des Forges, ausschlaggebend ist. Ob schon dieser Mann neuerdings den Vorsitz des Generalrates abtreten mußte, kann vorläufig die noch zu schwache Gruppe der heimatrechtlichen Christlich-Sozialen wenig ansrichten. Trotzdem aber wurde in Meß in derselben Session ein Antrag auf Erweiterung des Deutschunterrichts in den Volksschulen gegen nur eine Stimme von allen Mitgliedern des Rates angenommen.

Man kann also sagen, daß diese letzte Sitzung der Generalräte bedeutungsvoll gewesen ist, insofern sie dem allgemeinen Wunsch nach einer Auflösung des zentralistischen Systems, wenn auch in Lothringen in schüchternerer Weise als im Elsäß, Ausdruck gegeben hat. Zum ersten Mal haben alle Vertreter ohne Unterschied der Partei und der Anschauungen, Vertreter, deren Loyalität über jeden Zweifel erhaben ist, sich für die Beachtung der elsaß-lothringischen Eigenart und die Notwendigkeit einer besonderen Verwaltung, um dieser Eigenart gerecht zu werden,

ausgesprochen. Die Regierung kann fortan ihren dem entgegengesetzten Kurs nicht mehr damit rechtfertigen, daß er im Lande selbst gewünscht werde.

Dennoch kam die Ablehnung prompt und deutlich. Am 24. November wohnte der gegenwärtig mit den elsäß-lothringischen Angelegenheiten betraute Minister, Unterstaatssekretär Blaist, der Feier des 50jährigen Bestehens der elsässischen Baugewerbeinnungen bei. Er würdigte dabei in einer Ansprache die Bedeutung des elsässischen Handwerks und, wie er sagte, auch die ihm vorgetragenen Wünsche nach Erhaltung dieser Landeseinrichtungen, die er selbst als vorbildlich bezeichnete. Dann aber erklärte er im Namen der Regierung, daß die Regierung für eine wirtschaftliche Sonderstellung keineswegs, aber für eine solche auf dem Gebiete der Verwaltung zu haben sei. Damit war die Antwort auf die einstimmig gefaßten Beschlüsse der Generalräte gegeben.

Wenn die Autonomisten bei dieser Gelegenheit behaupteten, mit dieser Ablehnung sei der Beweis erbracht, daß Paris nicht gewillt ist, irgendein Zugeständnis freiwillig zu machen, und daß die Selbstverwaltung er kämpft werden muß, blieben sie nicht nur mit sich selbst logisch, sondern mochten auch nach Ansicht vieler anderer den einzigen logischen Standpunkt überhaupt vertreten.

Doch, auch das neue Nein von Paris wird die Wichtigkeit der letzten Debatten um die elsäß-lothringische Selbstverwaltung nicht im geringsten gemindert haben, wie sich sicher in Zukunft noch zeigen wird.

* * *

Zur Abrundung des Bildes darf vielleicht noch ein merkwürdiges Begegnis aufgeführt werden, das sich im Senat zutrug. Dort wählten die Patres Conscripti der Republik den General Bourgeois, der, wie im Oktoberheft berichtet wurde, um seine Wähler zu ärgern, von diesen nicht mehr gewählt werden „wollte“, bis zum Ablauf seines Mandats Ende dieses Monats zum Vorsitzenden der Armeekommission. Dabei konnten sich die würdigen Herren zu betonen nicht enthalten, daß ihnen das Scheiden des Generals leidtue und von ihnen dem Umstand zugeschrieben werden müsse, daß die Elsässer die Interessen der nationalen Verteidigung aus den Augen verlören. Ob ausgerechnet die Elsässer inmitten ihrer Festungen die Belange der nationalen Verteidigung „aus den Augen verlieren“ können, im buchstäblichsten Sinn dieses Wortes, kann füglich dahingestellt bleiben. Daß aber Leute, deren Rang und Alter eigentlich ein verständiges Urteil voraussezzen lassen müßte, solche Geschichten erzählen und derartige Kundgebungen veranstalten, erklärt manches, was man von vornherein für unwahrscheinlich zu halten geneigt wäre. H. Bickler.

Bücher Rundschau

Scheidung oder Zusammenklang — Europäisches Schicksal in Büchern.

Gonzague de Reynold: *Die Tragik Europas*. Vita Nova Verlag, Luzern 1935.

Gert H. Theunissen: *Revolution und Jugend*. Vita Nova Verlag, Luzern 1935.

Waldemar Gurian: *Der Bolschewismus*. 2. Aufl. Herder & Co., Freiburg i. Br. 1932.

Waldemar Gurian: *Bolschewismus als Weltgefahr*. Vita Nova Verlag, Luzern 1935.

Werner Schlegel: *Sinn und Gestaltung der großen deutschen Revolution*. 2. Aufl. Verlag für Kulturpolitik, Berlin 1934.

Schweizer Annalen. Max Nierhans Verlag, Zürich 1935.

Ein gemeinsamer Zug geht durch die politisch-philosophische Literatur der Gegenwart: der Wille, bis zu dem Punkt vorzustoßen, an dem sich geistige Haltung